



Information der Belegschaftsliste

für die Beschäftigten bei Bayer Wuppertal

Altersteilzeit Ade ?

Wie berichtet lehnte es die PH-OP-Leitung (Burkhard) ab, Altersteilzeitverträge abzuschließen. Dies betraf zunächst nur die MitarbeiterInnen im Werk an der Wupper, während die KollegInnen im Forschungszentrum auch weiterhin die Möglichkeit hatten, Altersteilzeit (ATZ) in gewohnter Form zu vereinbaren. Am 31.10.2001 teilte Personalchef Schuster dem Betriebsrat mit, dass es im gesamten Werk Elberfeld – also auch im Forschungszentrum - derzeit keine weiteren Altersteilzeit-Verträge geben werde.

Die Personalleitung beruft sich bei ihrer Weigerung auf den „Überforderungsschutz“ nach §3 Tarifvertrag (TV). Dieser besagt, dass der Anspruch auf den Abschluss eines Altersteilzeitarbeitsvertrages (durch den MA) ausgeschlossen werden kann wenn:

- 5% oder mehr der ArbeitnehmerInnen des Betriebes (Betrieb ist das gesamte Werk Elberfeld) von einer Altersteilzeitregelung Gebrauch machen.
- Darüber hinaus gibt es Höchstgrenzen für die Altersjahrgänge der 55-58 Jährigen.

In anderen Bayer-Werken wird die Tarifvertragsquote weit überschritten, dort ist auch weiterhin Altersteilzeit möglich.

Sinn dieser Klauseln ist, den Arbeitgeber vor zu starken Personal- und

Know-how-Verlusten zu schützen. Die PH-OP-Leitung nutzt den „Überforderungsschutz“ nun, um ältere MitarbeiterInnen zu drängeln, nicht über die ATZ, sondern per Aufhebungsvertrag (55er-Regelung) sofort das Unternehmen zu verlassen. Von Sorgen vor Personal- und Know-how-Verlusten also keine Spur.

Die 55er-Regelung hat gegenüber der ATZ den gravierenden Nachteil, dass sie keinerlei Kompensation vorsieht, um die durch den vorzeitigen Rentenbezug entstehenden Kürzungen auszugleichen (siehe Kasten).

Aus diesem Grunde gibt es KollegInnen, die zwar die ATZ aber nicht die 55er-Regelung wahrnehmen

jahrgang angehören, bei gleichem Geburtsjahrgang die Arbeitnehmer mit längerer Betriebszugehörigkeit, bei gleicher Betriebszugehörigkeit die älteren Arbeitnehmer. Andere Auswahlkriterien finden keine Anwendung.“

Deshalb unsere Bitte: MitarbeiterInnen, die Altersteilzeit in Anspruch nehmen wollen, sollten ihren Wunsch schriftlich bei der Personalabteilung (mit Kopie an den Betriebsrat) beantragen. Nur so kann bei einer kommenden Unterschreitung der Altersteilzeit-Quote die Reihenfolge der Anspruchsberechtigten festgestellt werden.



wollen. Die Bayer AG kann nicht ATZ in bestimmten Abteilungen verwehren und in anderen zulassen. Im schon zitierten §3 TV heißt es: „Schwerbehinderte und Gleichgestellte im Sinne des Schwerbehindertengesetzes sowie Auszubildende werden nicht mitgezählt (...) Soweit die 5%-Grenze (...) erreicht oder überschritten werden würde, haben die Arbeitnehmer Vorrang, die einem früheren Geburts-

Einbußen bei vorzeitigem Rentenbezug

- Rentenkürzung 0,3% pro Monat
- Bei Rentenbezug 5 Jahre vor dem gesetzlichen Rentenalter erfolgt ein Abschlag von 18% sowie eine geringere Einzahlung in die Rentenkasse.

Bei der angebotenen 55-er-Bayer-Früheruhestandsregelung gibt es hierfür keinen Ausgleich.

Rentenkompensation bei Altersteilzeit:

- 1. Tarifliche Abfindungsregelung:**
 - Vollkonti-MA können max. 36.000 DM,
 - alle andere MitarbeiterInnen max. 21.600 DM als Ausgleich erhalten.
- 2. Zusätzliche Altersversorgung (Kapitalisierung Pensionsurlaub)** gilt für MitarbeiterInnen mit Eintrittsdatum ins Unternehmen bis 31.12.1978
 - Angestellte 210,- DM pro Monat
 - Gewerbliche ArbeitnehmerInnen 100,- DM pro Monat
- 3. Weitere Versorgungsleistungen (75,- DM/Monat Baustein)** Gilt für TarifmitarbeiterInnen die zum frühest möglichen Zeitpunkt in Rente gehen und dies im Interesse des Unternehmens liegt.

Altersteilzeitverträge in Elberfeld

Stand: 31.9.2001

| | 55-jährige | 56-jährige | 57-jährige | 58-jährige | über 58 Jahre | |
|-------------------|------------|------------|------------|------------|---------------|------|
| 5%-Grenze des TV | 161 | 16 | 24 | 24 | 32 | ---- |
| Derzeitige Anzahl | 165 | 17 | 28 | 38 | 30 | 52 |

Kindergeld erhöht, Entlastung zweifelhaft

Am 6.7.2001 hat der Bundestag die zweite Stufe des Familienleistungsausgleichs beschlossen.

Für das erste und zweite Kind steigt das Kindergeld ab dem Jahre 2002 somit um monatlich rund 30 DM. Damit wird für die ersten drei Kinder künftig 301,20 DM (154 Euro), für das vierte und jedes weitere Kind rund 350 DM (179 Euro) Kindergeld gezahlt.

Auch der allgemeine Kinderfreibetrag wird angehoben. Der Freibetrag für Betreuung von Kindern, den die Bundesregierung im Jahr 2000 eingeführt hat, gilt künftig auch für über 16-Jährige und wird zu einem "Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung" zusammengefasst. Insgesamt steigt der steuerliche Freibetrag auf rund 11.360 DM.

Erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten werden für Kinder bis zum 14. Lebensjahr steuerlich absetzbar. Wenn beide Eltern oder allein Erziehende berufstätig sind, können als außergewöhnliche Belastungen dann jährlich bis zu 2.934 DM (1.500 Euro) geltend gemacht werden. Das gilt allerdings nur für Kosten, die nicht durch den Freibetrag für die Betreuung abgedeckt und nachgewiesen werden.

Erhebliche soziale Schiefelage unter der Titel "Familienförderung"

Erstens: Die materiellen Bedingungen von armen und reichen Familien werden durch das kommende Gesetz weiter auseinanderdriften. Die Freibeträge werden um 1443 DM auf insgesamt rund 11360 DM jährlich erhöht, das Kindergeld dagegen nur um monatlich 30 DM, 360 DM jährlich.

Die Konsequenz: Spitzenverdienerinnen und -verdiener erhalten damit pro Monat ab 2002 eine Entlastung von insgesamt rund 460 DM

| | Bisher: | Ab 2002: | |
|--|---------|----------|------|
| Kindergeld für das 1. Kind | 270 DM | 301 DM | 154 |
| Kindergeld für das 2. Kind | 270 DM | 301 DM | 154 |
| Kindergeld für das 3. Kind | 300 DM | 301 DM | 154 |
| Kindergeld ab dem 4. Kind | 350 DM | 350 DM | 179 |
| Kinderfreibetrag („sächliches Existenzminimum“) | 6912 DM | 7135 DM | 3648 |
| Freibetrag für Kinderbetreuung | 3024 DM | 3028 DM | 1538 |
| NEU: Freibetrag für Betreuung/Erziehung/Ausbildung | - | 4225 DM | 2160 |

gegenüber Eltern mit unteren Einkommen, die ausschließlich ein Kindergeld in Höhe von 300 DM monatlich erhalten. Diese unsozialen Verteilungswirkungen des Familienförderungsgesetzes hätte von der Regierung durch die Abschaffung des dualen Systems, also der Freibeträge, und durch eine erhebliche Anhebung des Kindergeldes für alle Eltern vermieden werden können. Dies war ja auch lange Jahre eine Forderung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Zweitens. Die Anhebung des Kindergeldes wird nicht an die Empfängerinnen und Empfänger von Sozialhilfe weitergegeben. Gerade bei den betroffenen 1,1 Millionen Kindern wäre dies jedoch notwendig, da die Leistungen der Sozialhilfe bereits seit Jahren nicht mehr entsprechend den realen Lebenshaltungskosten gestiegen sind.

Drittens. Der Haushaltsfreibetrag der Alleinerziehenden wird abgeschafft. Alleinerziehende Eltern erfahren durch die Reform dauerhaft eine steuerliche Diskriminierung und eine reale

materielle Benachteiligung gegenüber den Ehepaaren. So sinkt das Haushaltsnettoeinkommen einer Alleinerziehenden mit einem Kind mit einem monatlichen Bruttolohn von rund 2000 DM trotz aller scheinbaren Förderungen der Familie ab dem Jahr 2005 um ca. 50 DM monatlich. Alleinerziehende mit einem monatlichen Bruttolohn in Höhe von 4000 DM haben monatlich voraussichtlich rund 130 DM weniger im Geldbeutel.

Damit belastet die Bundesregierung gerade diejenigen Eltern, die - auch laut dem Armuts- und Reichtumsbericht - tendenziell von Armut bedroht oder bereits arm sind.



Betriebsräte der Belegschaftsliste; V.i.S.d.P. Margot Kellermann, Friedrich-Ebert-Straße, Haan
(namentlich gezeichnete Beiträge oder Leserbriefe geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder)

Klaus Annuß, PH-OP ELB WP Ö+S, Geb. 52, Tel. 7307;

Olaf Augustin, PH-EU-R CWL, Geb. 456, Tel. 8604

Ulrich Franz, PH-R SID, Geb. 459, Tel. 4475

Michael Groß, PH-PD-CP K, Geb. 405, Tel. 8465

Siegbert Hufschmidt, Betriebsrat, Geb. 54, Tel. (0202)36--7543

Ralf Hochwald, PH-OP ELB WP TR, Geb. 90, Tel. 7345

Peter Rauh, PH-PD Toxikologie, Geb. 508, Tel. 8670

Björn Reitz, PH-OP ELB AQ, Geb. 302, Tel. 2765

Michael Schmidt-Kießling, Betriebsrat, Geb. 54, Tel. 2546

Gerd-Peter Zielesinski, PH-OP-ELB Betr. 2/4, Geb. 16, Tel. 2567

Ersatzmitglieder:

Gabi Stallony, PH-EU-R CWL, Geb. 460, Tel. 5284

Frank Samland, PH-OP WP Betr. 1/3, Geb. 226, Tel. 7752

Die Belegschaftsliste im Internet: www.belegschaftsliste.de

Tarifliche Altersvorsorge und "Riester-Rente"

Nach der Riester-Renten-Reform entsteht eine Versorgungslücke.

Ab 2002 (Abschlüsse sind bis Dezember 2002 möglich) soll diese Lücke durch eine zertifizierte, freiwillige Anlageform geschlossen werden können. Die Riester-Rente lässt nur besondere sogenannte „zertifizierte Anlageformen“ zu. Das Qualitätsmerkmal „Zertifiziert“ lässt dabei tatsächlich aber nicht auf die Qualität des Angebots schließen. Die Anlageformen müssen eine Nominalwertgarantie enthalten. Das heißt, die eingezahlten Beiträge müssen wieder ausgezahlt werden. Da aber die Lebenshaltungskosten ständig steigen, stellt dies real keine Garantie dar.

Beispiel: Wären 1970 DM 1000,- eingezahlt worden - so wären diese im Jahr 1990 schon nur etwa 472,-DM wert gewesen. (Quelle Bundesbank)

| Jahr | Jährlich aufzuwendender Betrag inkl. Förderung (% vom Einkommen des Vorjahrs) | Jährliche Förderung* |
|-----------|--|--|
| 2002+2003 | 1% max. 525 | Ledige 38 Verheiratet 76 je Kind 46 |
| 2004+2005 | 2% max. 1050 | Ledige 76 Verheiratet 152 je Kind 92 |
| 2006+2007 | 3% max. 1575 | Ledige 114 Verheiratet 228 je Kind 138 |
| Ab 2008 | 4% max. 2100 | Ledige 154 Verheiratet 308 je Kind 185 |

*Hinzu kommen ggf. steuerliche Vergünstigungen, die praktisch eine zusätzliche Förderung bedeuten.

Wir empfehlen, alle Angebote sorgfältig zu prüfen. Eile ist nicht geboten, da auch im Dezember 2002 noch Verträge mit voller Jahres-Zulage abgeschlossen werden können.

Staatliche Förderung "Riester-Rente" für zertifizierte Anlagenformen

"Riester-fähige" Pensionskassen und private Anlagen

| Staatliche Rente | Private Altersvorsorge | | |
|--|--|---|--|
| | Betriebliche Altersvorsorge | Private Versicherungen | Tarifliche Regelungen |
| | Pensionskasse | individuelle Verträge | bislang Tarifvertrag und Gesamtbetriebsvereinbarung "Deferred Compensation" |
| | | | neu: Tarifvertrag zur Altersvorsorge * Einmalzahlungen und Gesamtbetriebsvereinbarung |
| | | | Keine staatliche Förderung als "Riester-Rente" möglich. |
| Arbeitsnehmer und Arbeitgeber zahlen den Beitrag je zur Hälfte, derzeit 19,1 % des Bruttoentgeltes (bis zur Höhe der Beitragsbemessungsgrenze) | Staatliche Förderung von privater Altersvorsorge = "Riester-Rente" | derzeit Arbeitnehmer zahlen 2% ihres Gesamtbrutto-Entgelts ein. Die Pensionskasse will sich "Riester-fähig" machen und ermöglicht dann zusätzliche Einzahlungen über einen Zusatzversicherungsplan, in der Gesamtsumme bis 2100 € (je Jahr 2008) incl. entsprechender staatlicher Zuschüsse. Eine Satzungsänderung wurde am 12.11.01 von der Vertreterversammlung beschlossen (siehe auch Bayer aktuell vom 13.11.2007) | Auch private Versicherungen bieten "Riester-fähige" Verträge an. Aber Vorsicht: Noch kann niemand die Konditionen durchschaubar machen und vergleichen. Auch Abschlüsse im Dezember 2002 sichern noch alle Jahreszuschüsse, abwarten und vergleichen! VWL oder Einmalbezüge in Höhe von DM 996,- werden auf DM 1200,- aufgestockt. Bisher abgeschlossene Verträge können in die neue tarifvertragliche Regelung umgewandelt werden. Die Mindestbeteiligung des Arbeitnehmers von DM 936,- wird auf DM 1200,- aufgestockt. Für jede weitere € 100,- Eigenbeteiligung gibt der Arbeitgeber € 15,- hinzu, bis max. einer Summe von € 2150,- im Jahre 2002 (Eigenbeteiligung plus Zuschuss). Das ergibt eine max. Eigenbeteiligung von € 1956,02 und einen max. tarifl. Zuschuss von € 203,98 |
| | | | Alle Zahlen gelten für Vollzeitbeschäftigte. Teilzeitbeschäftigte werden anteilig gemäß ihrer Arbeitszeit befreit. |

Gegen eine zusätzliche Altersvorsorge ist nichts einzuwenden.

Aber die gesetzliche Rentenversicherung muss wieder die Aufgabe erfüllen können, Altersarmut zu verhindern und den erworbenen Lebensstandard

im Alter zu sichern. Es liegen durchaus ernsthafte Vorschläge zu einer solidarischen Rentenversicherung vor (z.B. Sondermemorandum Alternative Wirtschaftspolitik, IG BAU (www.igbau.de), PDS). Diese fallen für

die ArbeitnehmerInnen durchweg günstiger aus, als die von der rot-grünen Koalition in Berlin durchgezockten Konzepte.

Wir dokumentieren Stellungnahmen gegen den Krieg gegen Afghanistan:

Wie die IG Metall hat auch Ver.di gegen den Krieg Stellung bezogen:

Die Terroranschläge auf New York haben zur Bildung einer bis dahin nicht für möglich gehaltenen weltweiten Koalition geführt. Die USA wollen die Attentäter mit gezielten Militärschlägen und mit neuen Sonderrechten für ihre Geheimdienste bekämpfen. Hermann Zoller (stellv. Pressesprecher der Gewerkschaft Ver.di) fordert stattdessen, dass sich die internationale Politik auf die Bekämpfung der Terrorursachen konzentriert.

"Es geht auch um Öl"

Empörung und Wut sind selbstverständlich, Besinnung aber ist das Gebot der Stunde. Dem menschenverachtenden Angriff auf New York darf nicht die Eskalation der Gewalt folgen. Um ähnliche Untaten in Zukunft zu verhindern, ist es notwendig, über deren Ursachen nachzudenken. Terrorismus ist die Spitze eines Eisberges. Sie abzuschlagen bringt das Eis nicht zum Schmelzen.

Die Welt ist voller Not und Elend. Täglich sterben zehntausende von Menschen, weil sie nicht genug zu essen haben. Mit Pfennig-Beträgen wären Menschen vor dem Erblinden zu bewahren. Verkürzen wir die Liste: Es ist grauenvoll, welches Maß an Not wir zulassen, obwohl es leicht möglich wäre, das zu ändern. Das bereitet den meisten Politikern keine schlaflosen Nächte, löst keine weltweite gemeinsame Kraftanstrengung aus, obwohl es um viele hundert Millionen Menschen geht - und so dem Terrorismus Wurzeln abgeschlagen würden. Auch für das Leiden und Sterben dieser Menschen gibt es Verantwortliche, die Namen tragen. Für die Beruhigung unseres Gewissens haben wir die UNO, Brot für die Welt und Misericordia, ach ja und die Brosamen, die wir Entwicklungshilfe nennen.

Wer nach dem 11. September feststellte, die Welt habe sich jetzt verändert, der hat bisher geschlafen. Soll diese Welt gerechter und friedlicher werden, dann müssen nicht nur, aber nicht zuletzt die USA die politische und moralische Kraft aufbringen, ihre bisherige Politik und ihr Selbstverständnis auf den Prüfstand zu stellen.

Ihre Geschichte ist eine Kette vieler Fehler.¹ Die USA standen zu oft auf der falschen Seite. Das reicht von der Unterstützung des Schahs von Persien über Pinochet bis zu ihrem Auftreten auf den Klimakonferenzen und der Antidiskriminierungs-Konferenz. Bomben sind keine Antwort, weder auf den Terrorismus noch auf den Hunger in der Welt. Hunger und Not sind aber eine der Ursachen des Terrorismus.

Öl

So reizvoll es wäre, den Ölquellen und Pipelines näher zu kommen, so gefährlich wäre dieser Schritt. Er würde diesen wichtigen Teil der Welt destabilisieren und kriegsrisiko schaffen.

Am Golf hat die westliche Politik versagt. Nun sollte sie wenigstens das Palästina-Problem lösen. Das wäre ein ganz entscheidender Schritt, um dem Terrorismus den Boden zu entziehen. Neue Lunten würden aber gelegt, wenn Putin für seinen Krieg in Tschetschenien und die Türkei für ihre Unterdrückung der Kurden Persilscheine ausgestellt bekämen.

Die Gefahr ist groß, auch in Deutschland leicht fassbare Feindbilder zu verinnerlichen. Das führt schnell dazu, die Techniken des Überwachungsstaates zu perfektionieren. Nicht nur in den USA, wo die CIA wieder die Erlaubnis zum Ermorden unliebsamer Personen bekommen soll, auch hierzulande werden vielstimmig mehr Freiheiten für die Geheimdienste gefordert. Lauschangriffe, intensivere Überwachung, Regelanfragen sind die Stichworte. Von einer spürbaren Erhöhung der Entwicklungshilfe ist nichts zu hören. Es wäre fatal, wenn die Bekämpfung des Terrorismus in Deutschland Wasser auf die Mühlen der Rechten lenken würde. Das Aufeinanderzugehen ist der richtige Weg. Deshalb muss Berlusconi²

Geschwafel von der Überlegenheit der westlichen Zivilisation zurückgewiesen werden. Es ist historisch falsch, aber in vielen Köpfen vorhanden. Diese Welt braucht keine Bomben, sondern Abrüstung. Wir brauchen keinen Feldzug, schon gar keinen Kreuzzug, sondern einen Aufbruch des sozialen Gewissens, der durch konkretes und schnelles Handeln Hunger stillt, Bildung fördert und einen fairen Handel organisiert.

Hermann Zoller, 62, ist stellvertretender Pressesprecher der Gewerkschaft Ver.di.

Der Text ist leicht gekürzt worden (die Redaktion).

Anmerkungen der BL-Redaktion:

¹ Oder sind die Fehler Methode? Wird die Gewalt nur zur Durchsetzung der egoistischen und industriellen Interessen der westlichen Industriestaaten genutzt? Wir meinen ja.

² und Schröders und Bushs ...



Eine Bitte...

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in jeder Zeitung der Belegschaftsliste finden Sie einen kleinen Hinweis darauf, dass die Belegschaftsliste ihre Zeitung und andere Aktivitäten selbst, also ausschließlich durch Spenden finanziert.

Wir wissen, dass die Einkommen der meisten Beschäftigten leider nicht angestiegen sind. Und vieles wird teuer.

Wir wissen aber auch, dass viele von Ihnen unsere Veröffentlichungen schätzen und gerne als Informationsquelle nutzen. Doch eben dies kostet leider Geld.

Deshalb bitten wir Sie um eine finanzielle Unterstützung. Wir wollen den mittlerweile gerne genutzten Informationsservice weiterhin aufrecht erhalten - für die Belegschaft - aus der Belegschaft.

Spenden bitte an unsere Betriebsräte oder direkt an:
Konto-Nr.: 4760625,
Commerzbank Wuppertal,
BLZ 33040001, Kennwort:
Hochwald/Belegschaftsliste

Herzlichen Dank!



Blick über den Zaun

Im September besuchte eine Gruppe brasilianischer Chemiegewerkschafter auf Einladung des Chemiekreises deutsche ChemiekollegInnen. Neben einem Seminarprogramm, fanden öffentliche Veranstaltungen und Betriebsbesichtigungen statt. Einige Schlaglichter:

“Gesundheit vor Profit”

Bei der Veranstaltung zu “Gesundheit vor Profit” in Leverkusen ging es um die Versorgung mit erschwinglichen Arzneimitteln und alternative AIDS-



Therapien. Pharma-Konzerne hatten Südafrika verklagt, weil das Land unter Umgehung des Patentrechtes für die Millionen HIV-Infizierten bezahlbare Arzneimittel einführen wollte. Die Konzerne machen u.a. die hohen Forschungskosten für solch unethisches Verhalten geltend. Der französische Kollege von Aventis-Pharma Jean-Claude Garret belegte an Hand von Beispielen, wie so manches Arzneimittel überwiegend mit öffentlichen Fördergeldern erforscht wurde oder sogar schon bekannt war, bevor es

profitbringend vermarktet wurde. Der brasilianische Kollege Sirlei Gonçalves von der Henkel-Tochter Cognis berichtete, dass in Brasilien, wo Lizenzen für antivirale Medikamente an einheimische Firmen vergeben wurden, die ausländische PH-Industrie sogar soweit geht zu behaupten, dass Nachahmerprodukte unwirksam und gefährlich seien. US-amerikanische Konzerne drohen Brasilien auch mit einer Klage vor der Welthandelsorganisation WTO. Interessant war auch, dass die Vertreter des Fördervereins “Alternative Wege in der HIV-Therapie e.V.” sogar dem alten Aspirin in einer AIDS-Bekämpfungskampagne eine

links: C. Garret, B. Sassermaun, Dr. D. Rohm, E. Schmidt, S. Goncalves, Foto rechts bei Roche Diagnostics

gewisse positive Rolle bescheinigten.

...Bitterfeld

Neben Betriebsbesichtigungen bei Merck und Roche Diagnostics, bei denen deutsche Betriebsräte ihre Arbeit vorstellten, gab es auch einen Besuch bei Bayer in Bitterfeld. Alle Besucher waren ausnahmslos geschockt, wie viel mit den vergleichsweise wenigen Arbeitnehmern in den hochtechnisierten Anlagen produziert wird. Jeder der 600 Arbeitsplätze



wurde mit 1,3 Mio. DM Steuergeldern subventioniert. Die brasilianischen Kollegen konnten nicht verstehen, dass sich die deutsche Gewerkschaft anscheinend mit dem Umstand abfindet, dass bei längerer Arbeitszeit die ostdeutschen Kollegen für ein Drittel weniger Geld arbeiten als in Leverkusen.

An der aktuellen Diskussion um die Milzbrandtherapie und den Patentschutz für Cipro wird in erschreckender Weise deutlich, dass das, was die US-amerikanische und kanadische Öffentlichkeit in ihrem nationalen Interesse diskutieren, nämlich zum Wohle ihrer Bevölkerung den Patentschutz (von Bayer) aufzuheben, den Ländern des Südens mit Millionen von Erkrankten per Gerichtsverfahren verweigert werden sollte. Sie scheinen nur Menschen 2. Klasse zu sein.

Weitere Freistellung im Betriebsrat

Durch das neue Betriebsverfassungsgesetz ist die Freistellung im Wuppertaler Betriebsrat von 5 auf 6 Personen erhöht worden. Da durch die massiven Veränderungen in der Bayer AG sehr viel Arbeit auf die Betriebsräte zugekommen war, ist die Freistellung einer weiteren Person dringend nötig. Als die Belegschaftsliste dem Betriebsratsvorsitzenden Beumann diese neue Gesetzeslage näherbrachte, war dessen Reaktion: *die Passage des Gesetz tritt erst nächstes Jahr in Kraft*. Daraufhin setzte die Belegschaftsliste den Tagesordnungspunkt selbst auf die nächste Betriebsratssitzung, was sie aufgrund ihrer Stimmzahl (stärkste Gruppe im Betriebsrat mit ca. 43 Prozent der Wählerstimmen) kann. Die Belegschaftsliste machte auch Gebrauch von den vom Gesetzesge-

ber neu eingeräumten Möglichkeit anstelle einer Person zwei Personen „teilfreizustellen“ und schlug für die Freistellung zwei Personen vor:

Gerd-Peter Zielezinski ist Ausschussvorsitzender des Schichtausschusses. In der Produktion fällt wegen der Auflösung des Cerivastatinbetriebes zur Zeit viel Arbeit für die Betriebsräte an.

Björn Reitz kommt aus der Analytik, wo die Auswirkungen des Personalabbaus ebenfalls sehr stark sind. Beide sind erfahrene Betriebsräte. Beide sind Mitglieder der Belegschaftsliste, die zur Zeit **zwei** freigestellte Betriebsräte von den **sechs** möglichen stellt.

Gewählt wurde dann, trotz gegenteiliger rechtlicher Auffassung, Michael Schulte von der IG BCE

(Gewerkschaft?), die damit **vier** von sechs Freistellungen hält, bei ca. 40 Prozent der Wählerstimmen.

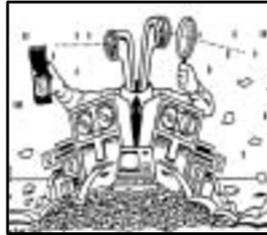
Wählerwillen (Ver-)Rechnung getragen?

Wie konnte das geschehen (?), wurden wir als Belegschaftsliste gefragt: indem die IG BCE-Betriebsräte ein falsches Wahlverfahren angewandt hatten und so die Freistellung durchdrückte. Die Belegschaftsliste verzichtet aufgrund der vielen innerbetrieblichen Probleme auf eine rechtliche Auseinandersetzung. Wir möchten unsere Kraft nicht gegeneinander verbrauchen, zumal die nächste Betriebsratswahl in 5 Monaten ist, und die Freistellungen dann neu beschlossen werden müssen. Dann hoffentlich gerechter!

Schwarze Sheriffs zum Werkschutz?

Am Montag, den 29. Oktober 2001, staunten die WerkschutzkollegInnen im Forschungszentrum nicht schlecht: Sie hatten 2 neue Kollegen bekommen. Dies wäre durchaus begrüßenswert, wäre da nicht der kleine, aber bedeutende Unterschied: Die Kollegen sind keine Bayer-Mitarbeiter, sie gehören zu einer Fremdfirma. Dennoch sollen sie „normale“ Werkschutzstätigkeiten mit gleichen Befugnissen erledigen. Sie werden sich auch optisch kaum von unseren langjährigen Kollegen unterscheiden: Lediglich das „Bayer-Emblem“ wird ihrer Dienstkleidung vorenthalten. Zusätzlich sollen noch 3 „Fremd-Werkschützer“ als Hundeführer kommen. Wir erinnern uns: Auch Bayer-Kollegen haben diese Ausbildung. Aber Werksleiter Bahnmüller hatte zusammen mit dem damaligen Werkschutzchef Sorge die eigene Hundestaffel abgeschafft.

Für die KollegInnen des Werkschutzes ist dies ein deutliches Signal: die



schon lange befürchtete Fremdvergabe wird hier eingestiebt. Und den KollegInnen fehlt das Verständnis, wie der Betriebsrat einer solchen Maßnahme zustimmen konnte.

Dieses Verständnis fehlt uns auch. Ein Betriebsratsgremium hatte auch gar nicht zugestimmt- wohl aber ein einzelnes Betriebsratsmitglied. Ohne Beschluss, ohne Rückfrage, ohne Diskussion bekam Werkschutzchef Kinnen einfach *grünes Licht*.

Dabei wären dies durchaus Arbeitsplätze für Schichtmitarbeiter aus der Produktion gewesen, auch für eine zunächst befristete Zeit. Die Werkschutzkollegen arbeiten ebenfalls im 5-Schicht-System. Interne Weiterbildungen für Werkschutzaufgaben wären leicht vorstellbar.

Mittlerweile hat der Betriebsrat die Werksleitung aufgefordert, den Einsatz der „Nicht-Bayer-Werkschutz-Kollegen“ auf 4 Wochen zu begrenzen und die Beschäftigung eigener Mitarbeiter, z.B. aus der Produktion, zu überlegen.

Überwachung auf ganzer Linie

Nach dem Umbau des Tor 1 sollte dieses außerhalb der Tagschichtbesetzung kameraüberwacht werden, um notwendige Toröffnungen von der Sicherheitszentrale steuern zu können. Wie uns mitgeteilt wurde, läuft die Kameraüberwachung bereits ganztägig (ohne Genehmigung). Die Folge: Steht der Werkschutzkollege, der die einfahrenden Fahrzeuge kontrolliert, nicht im Bild, wird er sofort aus der Zentrale getadelt.

Von allen ins Werk ein- und ausfahrenden Fahrzeugen werden zur Zeit das Kennzeichen, Fahrer bzw. Insassen und die Uhrzeit der Passage aufgeschrieben. Allein im Forschungszentrum sind dies täglich tausende Eintragungen. Was mit diesen Daten passiert, ist nicht bekannt. „Ermittlungen“ ist die grobe Auskunft. Der Betriebsrat wurde bislang nicht informiert.

Wir fordern unverzügliche Gespräche zwischen Betriebsrat und Werkschutz, um zu einem ordentlichen und abgestimmten Verfahren zurückzukehren.

Lipobay: Druck ist das falsche Mittel

Der durch die Aufgabe von Lipobay behauptete Personalüberhang von 140 Stellen im Werk an der Wupper wird zum Teil dadurch gelöst, dass MitarbeiterInnen massiv gedrängt werden, in Frühruhestand zu gehen, oder sich auf andere Stellen zu bewerben bzw. ihrer Versetzung zuzustimmen. Aufgrund dieses Druckes gibt es bei den MitarbeiterInnen die Haltung, *bloß nicht aus der Deckung zu kommen*.

Werbetour nach Bergkamen

So ist eine Besichtigungsfahrt nach Schering in Bergkamen nicht auf sehr großes Interesse gestoßen, obwohl die Arbeitsplätze dort durchaus interessant sein können. Denn die Verdienstmöglichkeiten sind bei Schering für junge Chemikanten (MitarbeiterInnen ohne Besitzstände) besser als bei der Bayer AG. Trotzdem scheuen sich KollegInnen, für diese Stellen Interesse zu bezeugen, weil sie befürchten, dass sie anschließend gedrängt werden, diese Stelle anzunehmen.

Der Umstand, dass die Frage einer Rückkehrgarantie nach der Probezeit bei Schering in Zusammenhang mit einer Abfindungszahlung von Bayer nicht gelöst ist, trägt nicht zur Akzeptanz eines Wechsels bei. Hektik und Druckausübung in Richtung MitarbeiterInnen seitens des Managements tragen nicht zur Lösung der Personalprobleme bei – im Gegenteil: sie behindern sie.

Belegschaftsliste

